

Kein bisschen weiser

Zu «ZFI durchbricht die Limite» (Ausgabe vom 5. November)

Die Erkenntnis, dass der Zürcher Fluglärm-Index (ZFI) bereits die Richtwerte überschritten hat, ist ein positiver Aspekt und müsste Hoffnung auf Besserung der Lärmsituation für die Bewohner der Südschweize Anlass geben. Doch weit gefehlt! Die Angestellte von Unique, Regierungsrätin Rita Fuhrer, beweist auch in der hoffentlich letzten Phase ihrer politischen Karriere das Feingefühl eines Eisbergs. Das goldene Kalb, der Flughafen, soll und darf in ihren Augen nicht angetastet werden. Den Ball schiebt sie den Gemeinden zu. Die Bevölkerung soll es richten. Soviel zum Thema Volksverbundenheit der SVP-Politikerin. Ist wenigstens eine Besserung dieser Unique-Hörigkeit für die Bevölkerung von potentiellen Nachfolger zu erwarten? Leider nein. Daniel Jositsch trauert wie sein Parteigenosse Leuenberger dem Staatsvertrag mit den darin zementierten Südanflügen nach und Ernst Stocker will dem Flughafen auch nicht das kleinste Härchen krümmen. So gesehen ist es an der Zeit, dass der Druck der Parteien und Gemeindebehörden aus dem Süden des Kantons endlich zunimmt. Es brauchte über sechs Jahre, bis unsere Behörden und «Volksvertreter» die längst bekannte Tatsache beweisen konnten, dass Süddeutschland keinen Fluglärm hat. Ein Armutszeugnis sondergleichen. Schlimmer nun aber die ersten Bücklinge von Bundesrat Leuenberger, der in seiner devoten Art bereits vorneweg den Deutschen wieder entgegenkommen will. Sowohl in Sachen ZFI wie auch bezüglich dem Verhalten gegenüber Deutschland sind alle kein bisschen weiser geworden. Und Unique? Wird wohl der lachende Dritte sein und die Südstarts geradeaus bald einführen können.

Urs R. Dumermuth, Männedorf



Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf will die Sterbehilfe verschärfen – zum Unmut von Leser Herbert Büttner aus Männedorf. (key)

Gsoa schwächt alle

Die Volksinitiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (Gsoa) ist unnötig und schädlich. Die Schweiz verfügt bereits über griffige Gesetze. Zudem schwächt die Initiative Wirtschaft und Landesverteidigung, indem sie der wichtigen Schweizer Wehrtechnik-Industrie die Lebensgrundlage entziehen will. Waffen und Waffenausfuhren sind verbunden mit Vorstellungen über Krieg und Elend. Die Schweiz ist sich dieser Problematik bewusst und hat entsprechende Gesetze geschaffen, um Missbräuche zu verhindern. In einer Krisenlage müssen wir unsere Waffen und Geräte selber unterhalten können, dies wäre bei einer Annahme der Initiative nicht mehr möglich. Es ist kaum anzunehmen, dass dies durch andere Armeen getätigt würde. Auch dürften wir keine Rüstungsgüter an demokratische Staaten wie zum Beispiel Deutschland mehr liefern, da dieser Staat sich in Afghanistan für friedensfördernde Massnahmen engagiert. Insgesamt stehen 10 000 Arbeitsplätze auf dem Spiel. Betroffenen von einem Exportverbot wären zahlreiche kleinere und mittlere Unternehmungen in der ganzen Schweiz. Ich lehne diese Initiative mit einem Nein ab, da sie unnötig ist, der Wirtschaft sowie der Landesverteidigung schadet.

Hanspeter Rast, SVP-Kantonsrat, Reichenburg

Einsendeschluss

Am Sonntag, 29. November, ist Abstimmungstag – dann wird das Volk unter anderem über die Minarett- und die Kriegsmaterialexport-Initiative entscheiden. Bitte beachten Sie den Einsendeschluss für Leserbriefe zu den Abstimmungsvorlagen: Er ist am Freitag, 20. November, um 12 Uhr. Schicken können Sie Ihren Leserbrief per E-Mail an leserbriefe@zsz.ch, per Fax an 044 928 55 50 oder per Post an «Zürichsee-Zeitung», Redaktion Leserbriefe, Seestrasse 86, 8712 Stäfa. (zsz)

Sterbehilfe muss möglich sein

Zu «Sterbehilfe – Pflicht zu mehr Sorgfalt» (Ausgabe vom 29. Oktober)

Mit Kopfschütteln muss man den Bericht über die neueste Attacke von Bundesrätin Widmer-Schlumpf auf das Selbstbestimmungsrecht der Bürger zur Kenntnis nehmen. Ist es nicht genug, dass man mündigen Bürgern in allen möglichen Lebensbereichen Fesseln anlegt? Nun soll auch noch alten und lebensmüden Menschen der würdevolle Abgang aus dieser Welt verunmöglicht werden. Verschwiegen wird dabei, dass rund 1400 Menschen jedes Jahr in der Schweiz freiwillig aus dem Leben scheiden; davon sind etwa 400 begleitete und würdevolle Abschiede. Noch schlimmer ist die 10-fache Zahl der missglückten Suizidversuche, bleiben doch dabei den Betroffenen vielfach brutale Verstümmelungen und gesundheitliche Leiden zurück. Zudem

werden dabei viele unbeteiligte Personen wie Lastwagenfahrer, Lokführer usw. physisch wie psychisch derart geschockt, dass diese zeitlebens darunter zu leiden haben.

Die Regelung, die Exit mit dem Kanton Zürich getroffen hat, ist eigentlich schon Einschränkung genug und könnte vom Bund 1:1 übernommen werden. Hier noch weitere Einschränkungen oder gar ein Verbot vorzunehmen, fordert eine Volksabstimmung geradezu heraus. Da jeder von uns damit rechnen muss, im Alter krank und gebrechlich zu werden und oft jahrelang pflegebedürftig sein wird und nach einem erfüllten Leben den Wunsch hat, würdevoll sein Leben abschliessen zu können, ist meines Erachtens das Resultat einer solchen Abstimmung für die begleitete Sterbehilfe klar.

Herbert Büttner, Männedorf

Gsoa gefährdet Arbeitsplätze

Wenn man heute in der metallverarbeitenden Industrie tätig ist, weiss man, wie schwer es ist, einen Betrieb auslasten zu können und an Aufträge zu kommen. Dass ausgerechnet Rechtsprofessoren gegen die Kriegsmaterialexporte in die Offensive gehen und die Verbotskampagne der Gsoa noch mittragen, dafür habe ich wenig Verständnis, denn zu den grössten Profiteuren zählen ausgerechnet die Juristen.

Dass sich dann auch noch die Unia auf die Seite der Gsoa schlägt, die sich sonst immer hinter den Arbeitern versteckt und sich scheinheilig für die Arbeitsplätze einsetzt, schlägt dem Fass den Boden heraus. Ich hoffe, dass den Unia-Mitgliedern langsam ein Licht aufgeht, auf welche Art sie missbraucht werden. Man spricht vonseiten der Unia immer von Arbeitsplatzzerhaltung und fordert Arbeitsplatzschaffung. Was aber hier mit dem Zusammengehen mit der Gsoa gespielt wird, ist unverständlich und wirft selbst bei den Mitgliedern Fragen auf. Man muss sich ernsthaft Gedanken machen, wer eigentlich hinter

den Arbeitern steht. In der Tat sind es die Arbeitgeber (Mowag, Contraves, Rheinmetall, Ruag usw.) und weitere Zulieferer, die den Arbeitern den nötigen Rückhalt geben.

Die Befürworter gefährden mit einem Ja zirka 10 000 Arbeitsplätze in namhaften Unternehmungen, die nicht mehr im schweizerischen Besitz sind. Im Handumdrehen wären Verlagerungen von Firmen möglich – und die gleichen Leute würden wiederum nach Arbeitsplätzen- und Vorschriften schreiben.

Wo ist die Verantwortung gegenüber dem Volk und der Volkswirtschaft? Die Wirtschaft ist bestrebt, möglichst gute Produkte herzustellen und zu vermarkten, so dass wir weiterhin unsere Position im Welthandel behaupten und schlussendlich all unsere gemeinsamen Aufgaben lösen können.

Welches Elend wäre grösser: Die Herstellung und Exporte von Kriegsmaterial in vom Bund bestimmte Länder oder unzufriedene Leute, die keinen Arbeitsplatz haben?

Rudolf Frischknecht, Jona

Initiative ist eine Provokation

Muslime sind in der Schweiz eine Minderheit. Unter den rund 390 000 Musliminnen und Muslimen gibt es solche – wie bei den Christen auch –, die ihre Religion aktiv praktizieren, solche, die vielleicht noch die grossen religiösen Festtage feiern, und solche, die religiös inaktiv sind beziehungsweise an keinen Gott glauben. Es sind also Menschen wie du und ich.

Die Anti-Minarett-Initiative will nun diesen Muslimen verbieten, Minarette, also Türme, auf ihre Gotteshäuser zu bauen. Dies ist insofern absurd, als dass der Bau von Türmen dem Baurecht unterliegt. Kantone und Gemeinden bestimmen, ob, wann und wo ein Turm gebaut wird.

Muslime können auch in Gotteshäusern ohne Minarett beten. Insofern stellt dieses Verbot kein Problem dar. Doch die wahre Botschaft der Initiative ist eine andere: «Wir wollen keine Muslime, und wir erachten diese Religion als extrem gefährlich. Die Muslime sind mitschuldig an der Verrohung unserer Gesellschaft.»

Diese Ängste und Vorwürfe vonseiten der Initianten sind insofern erstaunlich, als in der Schweiz kein fundamentalistischer Islam vorherrscht. Wer also nach bedrohlichen Muslimen sucht, der findet sie in der Schweiz nicht. Die Initiative ist eine Provokation gegenüber gemässigten Musliminnen und Muslimen. Hoffen wir, dass diese Provokation keine negativen Reaktionen auslöst.

Die Schweizer Verfassung und unser Rechtssystem sind so aufgebaut, dass extremistische Tendenzen keinen Platz haben. Wer diese Initiative unterstützt, traut unserem Rechtssystem nicht. Diese Initiative verdient deshalb nur eine Antwort: Nein.

Barbara Schmid-Federer, Nationalrätin CVP, Männedorf

Jugend ohne Grenzen

Halloween hat auch in diesem Jahr seine Spuren hinterlassen. Im Glauben, Halloween sei der Freipass auch zu Sachbeschädigungen, ziehen am Vorabend von Allerheiligen Scharen von Kindern los und fordern an den Haustüren nach Süsigkeiten. Dazu kommt der Spruch: «Süsses oder Saures» zur Anwendung. Es wird erwartet, Süsigkeiten zu bekommen – andernfalls wird ein Streich gespielt. So weit, so gut. Hier aber beginnt der fatale Irrtum einiger Kinder, die in ihren Handlungen keine Grenzen mehr kennen. Dass gewisse Grenzen nicht überschritten werden dürfen, war scheinbar bei der Erziehung einiger Kinder kein Thema!

Weil wir unsere Reisepläne nicht auf Halloween abstimmen, waren wir im Ausland. Dafür wurden wir bestraft! Die «Bettler» von Süsigkeiten standen also vor verschlossenen Türen. Sie liessen ihrem Unmut freien Lauf und bespritzten die Holzverkleidung der Fassade, den Boden, Tisch und Stühle mit einer klebrigen Masse. Eine tolle Überraschung bei unserer Rückkehr! Schade, dass die Übeltäter nicht angehalten werden können, den Dreck wegzuschrubben. Die Holzverkleidung müssen wir natürlich auf eigene Kosten instandstellen lassen. Fazit: Schlechte Reiseplanung!

Frederik Vormholt, Herrliberg

Nützliche Antennen

Tausende von Minaretten stehen in der Schweiz. Ja? Diese sind schlank, sehr schlank und haben eine Höhe von zirka 30 Metern – ohne Gebetskapelle. Ich meine damit die vielen Antennen. Diese Antennen sind zwar nicht schön, aber wir brauchen sie für Handys usw. Minarette sind schön, aber wir brauchen sie nicht. Ich sehe keinen Grund, diese Türme zu bewilligen. Unsere Kultur ist die Kirche, und die ist ein Symbol für unsere Religion und unser christliches Leben. Was haben sich die Muslime nun einzumischen? Wir sind wir, und die anderen Religionen haben sich an uns anzupassen und nicht wir an sie, basta. Antennen bringen uns viel, Minarette gar nichts. Amen. Werner Ott, Stäfa

Konservativ in der Krise

Zu «Wer bezahlt die Kinderbetreuung?» und «Wir müssen dazu gezwungen werden» (beide Ausgabe vom 3. November)

Kaum versagen die Finanzmärkte, kommt Krisenstimmung auf, und prompt wird alles wieder konservativer. In der «Zürcher Landzeitung» vom 3. November zeigt sich das gerade an zwei Stellen exemplarisch. Erstes Beispiel: Beim Artikel «Wer bezahlt die Kinderbetreuung?» lautet die Bildunterschrift: «Wenn Mutter und Grossmutter sich nicht um das Kind kümmern können, wird familienergänzende Betreuung nötig.» Der Journalist Philippe Klein scheint seinen Vater nicht oft gesehen zu haben. Heute aber gibt es Väter, die sich um ihre Kinder kümmern, und es ist schade, wenn der Journalismus ein altertümliches Familienbild zementiert.

Zweites Beispiel: Keine aktuelle Entwicklung ist mit mehr Daten belegt als der Klimawandel. Dennoch gibt sich Michael Schoenenberger im Interview mit Bertrand Piccard liberal – sogar libertär – mit der Frage: «Die Vorschriften (gegen Umweltzerstörung) sollen wir in Kauf nehmen, obwohl das mit dem Klimawandel so eindeutig nicht erwiesen ist?» Herr Schoenenberger hat nicht verstanden, dass sich eine Gesellschaft ausschliesslich über Regeln (lies: Vorschriften) definiert, die in unserem Fall zum Glück demokratisch festgelegt worden sind. Und eben: der Klimawandel. Bei mir in Küsnacht wachsen Feigen, Aprikosen und Mandeln ohne Gewächshaus und Winterschutz. Das ist mir eindeutig genug.

Marcus Bosshard, Vater von vier Kindern, autofrei, Küsnacht

Dubioses Urteil gegen Scientology

Zu «Scientology verurteilt» (Ausgabe vom 28. Oktober)

Dass es im Prozess gegen die französische Scientology-Organisation nun zur Verurteilung gekommen ist, ist dubios, wenn man die Hintergründe kennt. Tatsächlich hatte im vorliegenden Fall der Staatsanwalt bereits im Jahr 2006 nach acht Jahren Untersuchung empfohlen, das Verfahren einzustellen, weil den Angeklagten kein Fehlverhalten nachzuweisen war. Die Klägerin hatte ihre gesamten Einzahlungen erstattet erhalten. Es wurde also nicht einmal jemand geschädigt. Nur politischer Druck hat das Verfahren wieder ins Leben gerufen.

Sicher ist, dass der Fall weitergezogen wird, nötigenfalls bis zum Europäischen Menschenrechts-Gerichtshof. Die Geschichte zeigt, dass noch so ungeheuerliche Vorwürfe im Endeffekt auf gesetzlichem Weg widerlegt werden konnten, so dass am Schluss die Vernunft gesiegt und Scientology als Religion anerkannt werden konnte. So ging es in Italien, Spanien und anderen Ländern. In vielen Ländern existieren Gerichtsurteile, die Scientology als Religion bestätigen. Ausübung der Religion fällt unter den Schutz der Verfassung. Vollständige Religionsanerkennung für Scientology besteht zum Beispiel auch in den USA, in Australien, Schweden, Portugal und weiteren 30 Ländern weltweit.

Annette Klug, Scientology-Kirche Schweiz

Unklare Vorlage

Ich finde es schon nicht gut, dass man auf eine solch komplizierte Abstimmungsvorlage kommt wie im Fall der Minarett-Initiative. Inhaltlich ist es aber schon so: Die Schweiz ist ein eigenes Land, das immer mehr Ausländer erhält. Beim Stimmen heisst es jetzt aber wieder einmal: Wenn man keine Minarette will, muss man Ja stimmen, und wenn man Minarette zulassen möchte, muss man ein Nein in die Urne legen. Also wenn ja, dann nein, und umgekehrt. Die Leute, die das nicht genau durchlesen, stimmen falsch. So habe ich vor vielen Jahren einmal falsch gestimmt. Heutzutage sichere ich mich immer genau ab.

Eva Cattaneo, Küsnacht